



Einführung von Studiengebühren

Ludwigsburg, 5. Juli 2004

Beschluss:

Die LaKoF beobachtet die Einführung der Studiengebühren mit Sorge. Sie befürchtet eine Rückkehr zu traditionellen Rollenmustern, die mittelfristig zu einer Verstärkung der bestehenden strukturellen Diskriminierung von Frauen in ihrer Berufswahlentscheidung und ihres Studienverhaltens führen. Sie fordert daher das Wissenschaftsministerium auf, das durch Kabinettsbeschluss verankert Gender Mainstreaming-Prinzip bei der Einführung von Studiengebühren anzuwenden. Bei der Festlegung zentraler Rahmenvorgaben für die Hochschulen ist daher vorzusehen, notwendige Daten geschlechtsspezifisch zu erheben, eine begleitende Evaluierung zu veranlassen und ggf. erforderliche Korrekturen einzuleiten.

Begründung:

Die LaKoF befürchtet, dass mit der Einführung von Studiengebühren an deutschen Hochschulen der Frauenanteil unter den Studierenden sinken und damit eine Rückkehr zu traditionellen Rollenmustern einhergehen wird. Besonders in Familien mit mehreren Kindern beiderlei Geschlechts ist zu erwarten, dass für Söhne - da diese nach wie vor als zukünftige Familienernährer/Brotverdiener gesehen werden - eher teure Ausbildungen vorgesehen werden und den Töchtern eher "billige", kurze Studiengänge oder der Verzicht auf ein Studium nahegelegt werden.

Vor dem Hintergrund, dass zur Lösung der anstehenden Probleme die Kompetenz und Kreativität der jungen Frauen dringend benötigt werden, muss das Gender Mainstreaming-Prinzip bei der Einführung von Studiengebühren zur Anwendung kommen.

Es sind ferner Maßnahmen vorzusehen, die eine Vereinbarkeit von Schwangerschaft, Elternzeit und familiäre Pflichten mit den Studiengebühren vorsehen. Dabei ist besonders darauf hinzuweisen, dass studierende Elternteile in der Regel ohnehin mehr als Studierende ohne familiäre Verantwortung arbeiten (müssen) und diesem Personenkreis eine zusätzliche finanzielle Belastung nur schwer zumutbar ist.